

17. April 2024

Postulat

Fraktion AL

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Umsetzung des direkten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» die Stadt dafür sorgen kann, dass sich mit dem gemeinnützigen Wohnungsbestand auch der Bestand von subventionierten Wohnungen stetig erhöht. Der Stadtrat soll insbesondere prüfen, wie sich auch Wohnbaugenossenschaften an diesem Ziel verpflichtend beteiligen.

Begründung:

Der Anteil subventionierter Wohnungen im Total des gemeinnützigen Wohnraumangebots in der Stadt Zürich zeigt sich seit den frühen 1980er Jahren rückläufig. So existieren im Vergleich zu 1982 mit damals annähernd 25'000 subventionierten Wohnungen aktuell nur noch rund 6'700 solcher Wohnungen, davon sind ca. 60% in städtischer Hand. Der Bestand subventionierter Wohnungen stagniert zurzeit auf tiefem Niveau.

Das aktuelle Beispiel des Harsplen-Areals in Witikon (Kauf Anfang 2024) zeigt, dass im Zuge der hochschiessenden Landpreise selbst im Rahmen des Kostenmietmodells der Wohnraum für einkommensschwache Menschen nicht bezahlbar ist.

Eine Massnahme, der Verdrängung der Menschen mit geringem Einkommen aus der Stadt Zürich entgegenzuwirken, besteht in der Erhöhung der Anzahl subventionierter Wohnungen.

Der starke Rückgang subventionierter Wohnungen um mehr als zwei Drittel hat verschiedene Gründe, insbesondere sind es die Wohnbaugenossenschaften, die immer weniger solcher Wohnungen anbieten. Deshalb ist es nötig, alle gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften (wieder) ins Boot zu holen, um gemeinsam der Verdrängung entgegenzuwirken.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit der Weisung 2023/469



[Handwritten signature]